

GU 27. Okt. 67 15

p. B. 15. 21. Cha.

p. A. 15. 42. 13. Uch.

Ala

KF/bn

Bern, den 26. Oktober 1967

Notiz

Mittwoch, den 25. Oktober spricht auf eigenen Wunsch der chinesische Geschäftsträger, Yang Hsu, in Begleitung eines Dolmetschers beim Unterzeichneten vor.

Nach einigen einleitenden freundlichen Worten über das schöne Herbstwetter (die Chinesen erklären, nach ihren eigenen Erfahrungen sei der diesjährige Herbst für Bern ungewöhnlich schön), lässt Yang Hsu durch den Dolmetscher erklären, er sei gekommen, um dem Stellvertreter des Abteilungschefs der Abteilung für politische Angelegenheiten (der Titel wird vom Dolmetscher auf französisch peinlich genau wiedergegeben) einige wichtige Mitteilungen zu machen.

Erstens seien am 12. Oktober vom welschen Fernsehen Karikaturen des Vorsitzenden Mao gezeigt worden. Dies stelle eine Beleidigung des chinesischen Volkes, das mehr als 700 Mio. Angehörige zähle, dar. Der Vorfall wiege umso schwerer, als an gleicher Stelle schon vor zwei Monaten Karikaturen Mao Tse-tungs gezeigt worden seien. Im Namen des chinesischen Volkes spreche er hiermit nochmals seine lebhafteste Entrüstung darüber aus.

Weiter habe am 10. Oktober der sogenannte Vertreter der Banditenclique Tschiang Kaischeks in Genf einen sogenannten Empfang zum angeblichen Nationalfeiertag gegeben. Die schweizerische Regierung, obschon sie behauptet, mit der Volksrepublik China Beziehungen zu unterhalten, ist soweit gegangen, diesen Empfang zuzulassen. Er protestiere im Namen der chinesischen Regierung bei der schweizerischen Regierung gegen diesen Vorfall. Er verlange (jedenfalls übersetzt der Dolmetscher "j'exige"), dass die schweizerische Regierung unverzüglich die nötigen Massnahmen ergreift, um derartiges künftig zu verhindern. Andernfalls trage sie die Verantwortung für alle Konsequenzen.

Schliesslich hätten sie erfahren, dass eine sogenannte Handelsmission der Banditenclique Tschiang Kaischeks, die gegenwärtig mehrere europäische Länder bereise, auch in der Schweiz zugelassen werden solle.

Der Unterzeichnete antwortet, er nehme von obigem Kenntnis. Zum ersten Punkt möchte er ausführen, dass er von diesen Karikaturen selbst nichts gehört oder gesehen habe; persönlich bedaure er, dass sie gezeigt worden seien. Es sei aber bekannt, dass das Schweizer Fernsehen von der Regierung nicht zensuriert werden könne, und dass letztere deshalb keine Möglichkeit zum Einschreiten habe. Man könnte eventuell das Fernsehen auf den



- 2 -

chinesischen Protest aufmerksam machen. Dabei müsse aber eventuell mit einer negativen Reaktion in Fernsehen und Presse gerechnet werden ( wie dies ja die Tibeterfrage gezeigt habe), und dies würde nicht im Interesse unserer guten Beziehungen liegen, die wir weiter als solche aufrechterhalten wollen.

Zum zweiten Punkt: Es sei den Besuchern, die ja immer sehr gut informiert seien, bekannt, dass die Schweiz keinerlei Kontakte mit der Regierung von Taiwan unterhalte und nicht die Absicht hege, solche Kontakte je aufzunehmen. Der Vertreter Taiwans in Genf sei beim UNO-Sitz akkreditiert, und die schweizerische Regierung habe mit den Vereinten Nationen Verträge abgeschlossen, wonach den in Genf residierenden UNO-Mitgliedern ihre Unabhängigkeit garantiert wird, ohne Rücksicht darauf, ob sie von der Schweiz anerkannt werden oder nicht; wenn deshalb der Vertreter Taiwans in Genf einen Empfang gibt, kann die schweizerische Regierung nicht einschreiten. - Beiläufig sei nochmals daran erinnert, was seinerzeit Herr Generalsekretär Micheli sagte: Die schweizerische Regierung kann den Ausdruck "exiger" im Zusammenhang mit einem Protest nicht zulassen.

Zum dritten Punkt: Dem Unterzeichneten ist von dieser Mission nichts bekannt. Indessen ist der Handel bei uns auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage organisiert, weshalb wir in unser Land hineinlassen, wer immer Handel treiben will; solche Missionen haben rein privaten Charakter und stehen in keinerlei Relation zur allfälligen Anerkennung eines Landes durch den Bundesrat. Wir lassen beispielsweise auch DDR-Missionen hinein und würden ohne weiteres auch eine nordkoreanische Mission einlassen, falls eine solche gewünscht würde. Könnten die Besucher übrigens den Namen des Leiters dieser Mission angeben? (Antwort: Tang Kia-I).

Der chinesische Geschäftsträger lässt durch den Dolmetscher erwidern, die Erklärungen des Unterzeichneten seien nicht befriedigend. Ob wir Pressefreiheit hätten oder nicht, sei unsere Angelegenheit. Fest stehe lediglich, dass die schweizerische Regierung, die diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China unterhalte, es zugelassen habe, dass der Vorsitzende Mao beleidigt wurde; dafür trage sie die Verantwortung. Fest stehe auch, dass die Schweiz, die Beziehungen ausschliesslich zur Volksrepublik China hat, dem sogenannten Vertreter der Clique Tschiangkaischeks erlaubt hat, einen Empfang zum sogenannten Nationalfeiertag zu veranstalten; auch hier ist die schweizerische Regierung allein für die Folgen verantwortlich.

Indessen hoffe er, dass die schweizerische Regierung auf dem Hintergrund einer Wahrung der Interessen der beiden Länder und der normalen Beziehungen zwischen ihnen nichts unternehme,

- 3 -

das den Beziehungen zwischen den beiden Ländern abträglich sein könnte.

Der Unterzeichnete erwidert, dass er ganz damit einverstanden sei. Nicht nur werde der Bundesrat nichts unternehmen, das die Beziehungen verschlechtern könnte, sondern er hoffe im Gegenteil, dass sie sich weiter verbessern. Auf die übrigen Punkte einzugehen, habe keinen Sinn, da er nicht nochmals dieselben Erklärungen wiederholen möchte. Wann und wo eine Verantwortlichkeit vorliege, werde sie der Bundesrat übernehmen.

\* \* \*

Es verdient Beachtung, dass die Besucher für ihren Protest nicht mehr eine Audienz beim Generalsekretär, sondern von Anfang an beim Unterzeichneten verlangt haben; dies deutet darauf hin, dass sie den Protest, im Gegensatz zu früher, eher herunterspielen wollen.

Der Geschäftsträger trug seine Erklärungen sehr ruhig, zurückhaltend und leise vor (allerdings blieb der Dolmetscher in der Wahl seiner Ausdrücke offensichtlich in den von früher her gewöhnten Klischees haften). Im Vergleich zu den vor einigen Monaten erfolgten Vorsprachen, war die jetzige auffallend wenig scharf; der Jargon an sich war zwar der übliche, aber der Ton offensichtlich konzilient. Der Unterzeichnete ging auf diesen konzilienten Ton ein, um so den Besuchern die Möglichkeit zu geben, ihr Gesicht zu wahren und damit ihren Auftrag (der, wie es den Anschein macht, mehr mit Rücksicht auf Peking, denn aus Animosität uns gegenüber unternommen wurde) als erledigt betrachten zu können.

Bund